

Wer gehört zum Regenbogen?

Xenophobie und Neoliberalismus in Südafrika. Aus Kapstadt berichtet utopia-Autorin Lyd.

Drei Polizisten fahren in einem Auto durch ein Viertel von Kapstadt. Die Fenster des Autos sind heuntergedreht. Die drei Polizisten machen sich einen Spaß daraus, alle Passantinnen auf der Straße zu beschimpfen und Witze über sie zu machen. Als eine Gruppe von Jugendlichen dem Polizeiauto beim Abbiegen nicht sofort ausweicht, schreit einer der Polizisten aus dem Fenster: „Go back to your country!“ Anscheinend kommen die Jugendlichen aus einem Nachbarland Südafrikas. Es erstaunt mich immer wieder, wie SüdafrikanerInnen auf den ersten Blick urteilen können, ob eine Person aus Südafrika kommt oder nicht. Noch mehr entsetzt mich aber der offene Fremdenhass, den ich hier in den alltäglichsten Situationen erlebe, von dem ich aber als weiße „overseas“ (aus Europa) selber nicht betroffen bin.

Vom Pan-Afrikanismus zum südafrikanischen Nationalismus Seit den ersten demokratischen Wahlen nach dem Ende der Apartheid 1994 in Südafrika kam es immer wieder zu xenophoben Gewalttaten im ganzen Land, die sich in ihrer Häufigkeit und Dimension immer mehr verstärkt haben. Aus einer Umfrage des Southern African Migration Project geht hervor, dass SüdafrikanerInnen im Vergleich zu anderen Ländern am wenigsten offen gegenüber Menschen aus anderen Ländern, vor allem aus anderen afrikanischen Ländern, sind. Das scheint auf den ersten Blick besonders verblüffend, weil der African National Congress (ANC), die regierende Partei in Südafrika, sich auf der Idee der Befreiung



Township in Südafrika. | Foto: Eva W.

des gesamten Afrikas von weißer Vorherrschaft, Kolonialismus und Rassismus gegründet hat. Allerdings ist ein solcher solidarische Ansatz schwierig, wenn auf der anderen Seite ein südafrikanischer Nationalstaat im System des neoliberalen Kapitalismus getragen wird. Dadurch wird nämlich die Ideologie des Wettbewerbs, Sozialdarwinismus und Nationalismus hervorgerufen. Dies wiederum äußert sich in Südafrika, wie in so vielen anderen kapitalistischen Ländern, durch Gewalttaten an ImmigrantInnen. Mit dem Begriff des afrikanischen Nationalismus wird eine Bewegung bezeichnet, die die gemeinsame Geschichte des afrika-

nischen Kontinents in Bezug auf die Unterdrückung durch Kolonialmächte und die Unabhängigkeit betont. Thabo Mbeki (ANC), ehemaliger Präsident Südafrikas (1999-2009), ist Mitbegründer der afrikanischen Renaissance, eine intellektuelle Bewegung, die afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme finden will, unabhängig vom Einfluss des imperialistischen Westens. Der ANC gründete sich auch auf der Idee des Pan-Afrikanismus (die Einheit aller afrikanischen/schwarzen Menschen weltweit) und wurde während des Freiheitskampfes gegen das Apartheidregime von vielen anderen afrikanischen Ländern unterstützt. Beispielsweise lebten viele ANC-Mitglieder im Exil im Mosambik oder Zimbabwe. Mit der neuen Verfassung Südafrikas von 1996, die als eine der fortschrittlichsten und diskriminierungsfeindlichen der Welt gilt, wurde stets Südafrikas Rolle als „Regenbognation“ betont – ein Land, in dem alle Menschen, ungeachtet ihrer Hautfarbe, Religion, Kultur oder anderem Hintergrund, leben. Sollen.

Xenophobe Angriffe

Umso erstaunlicher mag es auf den ersten Blick erscheinen, dass seit der Befreiung der südafrikanischen Gesellschaft vom repressiven Apartheidsystem so viele extrem gewaltsame xenophobe Übergriffe auf MigrantInnen aus anderen afrikanischen Ländern stattgefunden haben. Xenophobie, die intensive Abneigung, der Hass oder die Angst vor anderen Personen, die als „Fremde“ wahrgenommen werden, ist eines der großen aktuellen Probleme

Fortsetzung auf Seite 5

Bleibt tapfer! Wir sind weg...

Dies ist die – vorläufig – letzte Ausgabe der utopia. Zum Abschied die kleine Geschichte der libertären Jugendzeitung.

Gerade hältst du die letzte Ausgabe der 2007 gegründeten Jugendzeitung utopia in den Händen. Eine von insgesamt etwa 2.086.000 utopia-Zeitungen, die im Laufe der Jahre gedruckt wurden. Nimmt man alle 21 Ausgaben zusammen, kommt man auf einen Gesamtauflage von etwa 392.500 Exemplaren. 112 unterschiedliche Seiten im „Berliner“ Zeitungsformat wurden von der utopia-Redaktion erstellt und in den Zeitungen abgedruckt. Nach der Statistik neugierig auf mehr Informationen über die utopia? Gerne!

„Kein Bock auf Bleiwüste? Kein Bock, jedes zweite Wort im Fremdwörterbuch nachschlagen zu müssen? Na gut, so schlimm ist die Graswurzelrevolution nicht...“, so begann im Frühjahr 2007 der in der libertären Monatszeitung Graswurzelrevolution (GWR) abgedruckte Aufruf zur Gründung einer neuen Jugendzeitung. Kurz darauf bekam das neue Zeitungsprojekt den Namen „utopia“. Mit der GWR waren wir von Anfang an fest verbunden. Am 22. Juli 2007 traf sich die Redaktion – damals drei Leute – erstmals, um die Jugendzeitung für eine gewaltfreie und herrschaftslose Gesellschaft zu basteln. Gleich bei dem Treffen in Münster wurde das noch in dieser Ausgabe zu sehende utopia-Logo entworfen. Außerdem wurde natürlich die erste Ausgabe geplant.

Die gedruckte Zeitung

Die erste Ausgabe der Zeitung erschien im September 2007 mit einer Auflage von 10.000 Exemplaren – wie seitdem immer lagen rund 3.500 Zeitungen der vollen Auflage der GWR bei. Die restlichen Zeitungen gingen an Jugendzentren, SchülerInnenvertretungen, Infoläden, linke Gruppen und (Klamotten-) Versände, die die utopia auslegten bzw. ihren Bestellungen beilegen. Auch auf Demonstrationen wurde die Jugendzeitung verteilt. Die Resonanz

war gut und die Auflage der zweiten Ausgabe kletterte schon auf 11.500 Stück. Scheinbar hatten wir sowohl inhaltlich als auch praktisch – die Jugendzeitung konnte kostenlos über die utopia-Website www.jugendzeitung.net bestellt werden – einen Nerv getroffen. Auch die Redaktion vergrößerte sich mit jeder Ausgabe – mehr als zehn Leute waren es aber nie. Die Auflage kletterte weiter bis auf 25.000 Exemplare. Auch die Erscheinungsweise änderte sich. Mit der dritten Ausgabe für Februar und März 2008 erschien die Zeitung nun alle zwei statt alle drei Monate. So ging es bis zur fünfzehnten Ausgabe weiter – dann kam die nächste große Änderung: die utopia wurde wieder eine Quartalszeitung, die Seitenzahl wurde dafür aber von bisher vier auf acht Seiten verdoppelt! So konnten wir Portokosten sparen und hatten im Jahresschnitt dennoch mehr Seiten zur Verfügung.

Das Online-Magazin

Damit konnte unser Schreibwille aber noch immer nicht gestillt werden. Neben der gedruckten Ausgabe wurde ein Online-Magazin aufgebaut. Die einfache weiß-pinke utopia-Website musste im April 2008 einer schicken weiß-blau-grauen mit integriertem Online-Magazin weichen. Mit einigen Ausnahmen schafften wir es, etwa alle drei Tage einen neuen Artikel auf die Seite zu stellen. Hinzu kam die gedruckte Ausgabe, die von Beginn an komplett online zu lesen war. Auch heute noch könnt ihr dort alle Artikel nachlesen. Anfang 2010 gab es dann eine weitere Umstellung der Website – nun ist sie violett und etwas moderner gestaltet. Auch twitter, MySpace, Facebook sowie Schüler- und StudiVZ blieben nicht vor uns sicher.

Die Krisen

Es gab aber auch Schattenseiten. Das Online-Magazin wurde im

Januar 2010 eingestellt, da die Redaktion zu klein wurde und wir uns entschlossen, uns auf die gedruckte Zeitung zu konzentrieren. Als die utopia gerade drei Jahre alt wurde, traf uns (doch relativ unerwartet) ein Schock: durch hohe Druck- und vor allem Vertriebskosten hatten wir mit den letzten Ausgaben (Nummer 17 war gerade erschienen) ein dickes finanzielles Minus gemacht. Wie immer standen uns die Freund_innen der Graswurzelrevolution, die auch das Konto der utopia verwalteten und die Buchführung machten, hilfsbereit zur Seite. Sie trugen die Schulden mit – bei der utopia musste sich aber etwas ändern. Bisher konnte die Zeitung kostenlos abonniert werden. Die vierstelligen Druck- und Vertriebskosten konnten mit Anzeigen und Spenden aber nicht mehr gedeckt werden. Daher sollten die Abonnent_innen (mit Ausnahmen) nun zumindest die Vertriebskosten selbst zahlen. Unseren bisherigen Abo-Stamm gaben wir auf, weshalb die Auflage auf 14.000 bzw. 13.000 sank. Mit der schwindenden Auflage sank bei vielen Redaktionsmitgliedern auch die Motivation. Einige verließen die Redaktion, andere hielten den Betrieb gerade so aufrecht. Zudem hatten und haben viele utopia-Redakteur_innen mittlerweile neue Projekte. Nur noch wenige Leute sind heute wirklich bei der utopia aktiv. Richtig arbeitsfähig waren wir in den letzten Monaten nicht mehr. Daher nun das Ende des Projekts. Wir sind traurig und blicken wehmütig, aber auch zufrieden auf die 21 Ausgaben utopia zurück. Wir haben „utopia“ zwar nicht erreicht, doch mit den Zeitungen hoffentlich viele Menschen zum Nachdenken gebracht und ihnen so eine herrschaftslose und gewaltfreie Gesellschaft nahegebracht. Wir hatten dabei trotz einiger Hürden viel Spaß! Und wer sagt, dass es die utopia nicht irgendwann wieder geben wird? Reanimation möglich!

Die utopia Redaktion

Anzeigen

Aufnäher

Tonträger

Aufkleber

Lesestoff

Klamotten

Buttons

(auch Herstellung)

NO GODS NO MASTERS

AGAINST AUTHORITY

90 HEGEL

STASI 2.0

ANTIFASCISTS

SCHWARZESOCKE.COM

Utopia-Shirts

Die utopia hört auf, es gibt aber noch "Fan-Artikel". Die letztenT-Shirts werden für nur noch fünf Euro verscherbelt. Einfach eine Email mit Unisex oder Girlie sowie der Größe (S, M, L, XL) an vertrieb@jugendzeitung.net schicken!

ANARCHISTISCHER MAILORDER

BLACK MOSQUITO

AUFKLEBER · BÜCHER · KLEIDUNG · MUSIK · STREETART · WWW.BLACK-MOSQUITO.ORG

UNRAST Neuerscheinung

600 Plakate aus 43 Ländern werden zum ersten Mal mit deutschsprachiger Übersetzung präsentiert. Kapitel für Kapitel werden hier die bewegendsten Momente aus der langen Geschichte der Anti-Atom-Bewegung nachgezeichnet und als ihr kulturelles Erbe bewahrt: von Wyl über Kalkar, Bockdorf und Wackersdorf bis zum Tag X; von Harrisburg über Tschernobyl bis Fukushima.

Das Postkartenset zum Buch mit 10 ausgewählten internationalen Plakaten ...
... gibt's für 5 Euro im UNRAST-Shop unter www.unrast-verlag.de!

WISE & LAKA (Hg.)
Strahlende Plakate
Eine Sammlung von Plakaten der weltweiten Anti-Atom-Bewegung

192 Seiten | durchgängig 4-farbig
Großformat A4 | 19,80 Euro
ISBN 978-3-89771-515-8

UNRAST Verlag | Postfach 8020 | 48043 Münster | Tel. (0251) 66 62 93
Fax (0251) 66 61 20 | E-Mail: info@unrast-verlag.de | www.unrast-verlag.de

Erfahrungen!

Vom Wärmestrom der Geschichte

Emma Goldman
GELEBTES LEBEN
Autobiografie

Erinnerungen der legendären Anarchistin und Frauenrechtlerin. Die »rote Emma« blickt zurück auf ein langes rebellisches Leben, in dem sie kompromisslos für die Freiheit des Individuums eintrat.

Gebunden mit SU, 944 Seiten illustriert, € 34,90

Horst Stowasser
ANARCHIE!

Idee. Geschichte. Perspektiven
Von der Utopie einer Gesellschaft emanzipierter Menschen.
Eine umfassende Einführung in die Ideenwelt und Geschichte des Anarchismus.

Broschiert, illustriert, € 24,90

Horst Stowasser
ANARCHIE!

Edition Nautilus

Mehr zum Programm: www.edition-nautilus.de

Und Action!

Editorial

Die letzte utopia...doch Schluss mit dem Rumgeheule! Wir haben für euch wieder viele interessante Artikel geschrieben: Schwerpunkt der Ausgabe ist „Südafrika“. Besonders freuen wir uns dabei, euch Texte präsentieren zu können, die von Leuten, die vor Ort waren bzw. sind, verfasst wurden – Informationen aus erster Hand! Daneben gibt es einen bunten Artikel-Mix über ökologische Landwirtschaft, Bildungsproteste, die Occupy-Bewegung, den Umbau der Bundeswehr und darüber, was Neonazis in der Provinz so treiben. Themen gibt es also genug: nur die utopia wird es eben nicht mehr geben um darüber zu schreiben. Daher müsst ihr nun einspringen! In dieser Ausgabe gibt es auch einen längeren Artikel mit Vorschlägen und Tipps zum Zeitung-selber-machen. Wir hoffen, euch motivieren zu können eine eigene Zeitung zu machen. Denn Medien sind wichtig und die Mainstream-Presse ist oft unkritisch. Also bringt eure Message unters Volk!

Die utopia-Redaktion wird das auch weiterhin tun – nur eben nicht mehr in dieser Zeitung. Wir werden weiterhin für eine herrschaftslose und gewaltfreie Gesellschaft kämpfen und sehen uns bei der nächsten Demo!

eure utopia-Redaktion

Was noch fehlt: Bernd Drücke, der Koordinationsredakteur der Graswurzelrevolution (GWR) und Experte für libertäre Presse, hat in der aktuellen Ausgabe der GWR (Nr. 364) einen längeren Artikel über die Geschichte libertärer Jugendzeitungen geschrieben: von der Zeitschrift „Freie Jugend“ (1919) über „Die Schwarze Fahne“ (1925), die „Rastlos“ (1988) bis zur utopia! Sehr lesenswert!

AUF EIN KLASSEN-KAMPFREICHES JAHR 2012!

findus

Danke! Danke! Danke!

In über vier Jahren utopia haben wir viele Artikel veröffentlicht, Bilder in der Zeitung abgedruckt und Interviews geführt. Und auch hinter den Kulissen waren viele Leute aktiv. Wir möchten uns daher bei allen für die Zusammenarbeit bedanken – mit euch sind wir unserem „utopia“ ein Stück weit näher gekommen:

Vielen Dank für Artikel, LeserInnenbriefe und Bilder: Henninger Graner, Lotta Goldenberg, Banksy, Maria Obenaus, Falk Beyer, Humayra, Hannes-Caspar Petzold, Felix W., BRiB, Klaus Stuttmann, Erasmus Müller, Anna S., Stefading, Cora R., Merle, Paul M. Erzkamp, Lena Zirkel, Paul Brettel, Eichhörnchen Cécile, espi, Christoph Müller, Andreas, David Werdermann, Ani K., Maren W., Willibald Spiegel, Eric Drooker, Lisa B., Itar, Felix Huesmann, Jean Sorgenacker, Susanne Ott, Sophie Rotino, Christoph Marischka, Ana Mari M., Emmanuel Goldstein, Martin Wilke, Felix B., Lucas Christoffer, Chantal B., Helen S., Tim, Ana M., Felix Blind, Jérôme Drees, Lucas, Torsten Schulte, Agnes, Chris Grodotzki, Kristina Beckmann, Michael Schulze von Glaßer, Lyd, Malina Bura, Florian Wendker, Jürgen Wagner, Denise, Arno Nym, Stephan Malzkorn, Markus W., Jan, Lukas, Irene, Fabian S., mielod, Karl, Hauke, Pissnälke, Veronika Fesl, Julien, Alex, AR-WAK, Jonas Gabler, Dominik, Eva W., Rooney, ert, Lena, MarkS, Julian Weber, Animal Justice, Hannes, Paula, Johannes Hartl, Irene Müller, Philipp K., Tuli, Kai, pmm, Bert, Kevin, David N., Simon E. Trim-pin, Dario

Vielen Dank für interessante Interview-Gespräche: Knud Vöcking (urgewald), Tobias Pflüger (Ex-MdEP), Klara Schönfeld (de*fence), Mortimer Berger (Krätze), Kerstin Schnatz („Strahlendes Klima“), Heffa Schücking (urgewald), Laura Méritt (Sex-Arbeiterin), Arthur (Hausbesetzer), Julian Finn, Carlos Javier Cuenca (CNT), Matías Tres (CNT), Sarah Nagel (Die Linke.SDS), Erasmus (Nandu), Anonymer FAU-Aktivist, Werner Ruf (em. Prof. Internationale Beziehung), Nico (K.I.Z.), Pulpul (Ska-P Sänger), Joxemi (Ska-P Gitarrist), Anonymer Düsseldorfer-Ultra, Johnny Mauser (HipHopper)

Spezieller Dank geht an: Bernd Drücke (der uns als Koordinationsredakteur der Graswurzelrevolution jederzeit mit Rat und Tat zur Seite stand), Findus (der die utopia mit seinen tollen Zeichnungen unendlich bereichert hat), Knobi (der für uns die Rechnungen geschrieben hat), Uwe (der immer zuverlässig für die Buchführung gesorgt hat), das Team von CARO-Druck (wir waren nicht immer einfach, aber ihr habt uns ausgehalten), die Anzeigen-KundInnen (die mit ihren Anzeigenschaltungen die utopia finanziert und das Projekt so erst möglich gemacht haben), die vielen SpenderInnen (ohne deren finanzielle Unterstützung wir nie so weit gekommen wären), Telgte – Links ab! (für das „Lesen für eine bessere Welt“-Aufkleber-Motiv), an die vielen Menschen, die die utopia verteilt haben und an all die vielen Leute, die wir in dieser Auflistung vergessen haben!

die utopia Redaktion

Impressum

utopia herrschaftslos – gewaltfrei
Nr. 21 Winter 2011
www.jugendzeitung.net
redaktion@jugendzeitung.net
www.myspace.com/jugendzeitung
Layout: Findus
Auflage: 11.300
utopia wird von Jugendlichen für Jugendliche gemacht. Sie erscheint alle drei Monate, separat und als Beilage der Monatszeitung Graswurzelrevolution. utopia kann und soll kostenlos z.B. auf Demos, in Schulen, Unis, Jugendtreffs usw. verteilt werden. Die utopia ist auf Spenden angewiesen. Kontodaten und Einzugsermächtigungen auf www.jugendzeitung.net/spenden
Verlag Graswurzelrevolution e.V.:
Sitz Heidelberg. Redaktion Graswurzelrevolution: Breul 43, 48143 Münster, Tel. 0251/48290-57, Fax: -32, redaktion@graswurzel.net. GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11 Str. 24, D-53947 Nettersheim. Verantwortlich sind im Grunde alle, doch im Sinne des Presserechts ist dies: Michael Schulze von Glaßer, c/o GWR-Red. Münster. www.graswurzel.net

Tausche Obstkorb gegen Sicherheit

Solidarische Ökonomie auf Landwirtschaftsgemeinschaftshöfen

Eine Gruppe von Konsument_innen schließt sich mit einem Bauernhof in ihrer Nähe zusammen, um zukünftig gemeinsam über die Produktion zu entscheiden und den Produzent_innen die Abnahme ihrer Produkte für die nächste Saison zu garantieren: Das ist das Grundprinzip der „Teikei“ (Japan), „Community Supported Agriculture“ (USA/Kanada), „AMAP“ (Frankreich) oder auch „Landwirtschaftsgemeinschaftshöfe“.

Was in den 1960er Jahren in Japan begann und mittlerweile auch in Frankreich weit verbreitet ist, scheint langsam auch in Deutschland Fuß zu fassen. Gemeinschaftshöfe wollen eine alternative Organisationsform der Nahrungsmittelproduktion unterstützen, bei der eine bäuerliche Landwirtschaft, die sich überdies meist an Anbaukriterien des biologischen Landbaus orientiert, im Mittelpunkt steht.

Kalkulierter Warenkorb

Konkret bedeutet dies, dass sich eine Gruppe von Haushalten mit einem Betrieb zusammenfindet und für mindestens eine Saison (Frühling/Sommer oder Herbst/Winter) eine Partnerschaft eingeht. Gemeinsam entscheiden Bäuer_in und Abnehmer_innen, was im kommenden halben Jahr auf dem Hof produziert werden soll – das kann von Obst und Gemüse über Eier, Milch und Fleisch bis zu Getreide und Speiseöl jegliches landwirtschaftliche Produkt sein. Die Erzeugnisse liefern die Bäuer_innen dann regelmäßig,

meist wöchentlich, an einen zentralen Ort, wo die Konsument_innen ihre Verteilung organisieren. Der Preis für diese „Warenkörbe“ wird ebenso im Vorhinein auf der Grundlage einer genauen Kostenkalkulation bestimmt und von den Konsument_innen entweder komplett vor Beginn der Saison oder in Raten an die Bäuer_innen gezahlt. Wenn es zu witterungsbedingten Ernteaussfällen oder sonstigen Unvorhersehbarkeiten kommt, wird dies von der Gemeinschaft getragen. Zusätzlich zur Belieferung mit frischen, regional erzeugten Produkten versuchen einige der Hofgemeinschaften auch, einen engeren Kontakt zwischen den Verbraucher_innen untereinander und den Landwirt_innen herzustellen, indem sie beispielsweise Workshops auf den Höfen anbieten oder Kochrezepte für die erhaltenen Produkte austauschen.

Existenzsicherheit und Umweltschutz

Diese Form des Wirtschaftens bringt für die Landwirt_innen für einen Zeitraum eine gesicherte Existenz und die Möglichkeit, durch die Vorauszahlung der Verbraucher_innen nötige Investitionen, z.B. für Maschinen, tätigen zu können. Kleine Betriebe können so unabhängig von Großabnehmer_innen fortbestehen, die ihnen oft keine existenzsichernden Abnahmepreise zahlen. Die Verbraucher_innen profitieren von Transparenz und Mitspracherechten bei der Lebensmittelproduktion. Da die Betriebe oft ökologisch arbeiten und lange Transportwege, aufwändige Kühlung und Verpackung größtenteils entfallen,

tragen Landwirtschaftsgemeinschaftshöfe zum Umweltschutz bei. Da die Produkte im Vergleich zu billiger Supermarkware aus herkömmlicher Erzeugung aber immer noch recht teuer sind, ist die Mitgliedschaft in einer solchen Hof-Partnerschaft nicht für alle Menschen erschwinglich. Außerdem ist das Konzept darauf angewiesen, dass die Verbraucher_innen das Geld für die Warenkörbe in der „normalen“ Ökonomie verdienen und ändert nicht unbedingt etwas an der Entfremdung der Abnehmer_innen vom Entstehungsprozess der Lebensmittel, vor allem wenn es sich um große Gemeinschaften mit über 100 beteiligten Haushalten handelt. Dennoch setzen die Gemeinschaftshöfe der hochindustrialisierten und teilweise monopolartigen Landwirtschaft eine regionale, umweltfreundliche, demokratische Alternative entgegen, die ein Beispiel für eine solidarische Form der Wirtschaft darstellt.

Weitere Infos:
www.solidarische-landwirtschaft.org



Ani K.

Illustration: Findus (aus „Kleine Geschichte des Zapatismus, unrast 2011)

Ist Merkel links?

Die Politik der letzten Jahre zeigt, dass entscheidende Fragen nicht bei Wahlen entschieden werden.

Rot-Grün hat in sieben Jahren an der Regierung gerade zwei Atomkraftwerke abgeschaltet und zwei Angriffskriege geführt. Die Regierung aus CDU und FDP hat schon jetzt sieben Reaktoren abgeschaltet und sich trotz internationalen Drucks weitgehend aus dem Libyen-Krieg herausgehalten und die Wehrpflicht ausgesetzt. Ist Schwarz-Gelb neuerdings links? Sollten emanzipatorisch denkende Menschen zukünftig ihr Kreuz bei der CDU oder der FDP machen? Diese Schlussfolgerung schießt wohl etwas über das Ziel hinaus. Was uns die letzten Jahre zeigen, ist, dass Wahlen wenn überhaupt eine sehr begrenzte Wirkung auf entscheidende politische Fragen haben. Auch wenn Angela Merkel es noch so oft behauptet: Eine Neubewertung der Risiken von Atomkraft nach Fukushima ist nicht der Grund für das Abschalten von deutschen AKWs. Die Risiken sind in zahlreichen wissenschaftlichen



Banksy-Zeichnung zu Wahlen/Parlamentarismus

Studien bewiesen und waren Regierung und Atomlobby schon lange bewusst. Was Fukushima geändert hat, ist die Durchsetzbarkeit des schwarz-gelben Pro-Atom-Kurses. Merkel war klar, dass der Protest zu groß werden würde, wo schon vor Fukushima zehntausende gegen die Atomkraft auf die Straße gegangen sind.

Dementsprechend ist es nahezu lächerlich, wenn sich Grüne und CDU miteinander streiten, wem der Mini-Ausstieg zu verdanken sei. Die Abschaltung von sieben Atomkraftwerken ist einzig und allein ein Erfolg der Anti-Atom-Bewegung die seit Jahrzehnten unermüdlich kreativen Widerstand leistet. Dieser Erfolg sollte gefeiert werden, auch wenn sieben Atomkraftwerke bei über 200 weltweit nur ein erster kleiner Schritt sein können. Auch Kriegseinsätze und die Abschaffung der Wehrpflicht wurden nicht bei Wahlen entschieden. Die Angriffskriege waren durchsetzbar, weil große Teile der ehemaligen Friedensbewegung auf die Kriegspropaganda der Grünen hereingefallen sind. Dadurch hielt sich der Protest in Grenzen. Die Abschaffung der Wehrpflicht ist von Rot-Grün schon lange gewollt, konnte aber gegen konservativen Widerstand nicht durchgesetzt werden. Für Guttenberg war die

Reform, die auch in Militärkreisen als Schritt zu effizienterer Kriegsführung gefordert wurde, kein Problem. Von Grünen, Piraten und Linken mit teilweise durchaus begrüßenswerten Zielen sollte man also nicht zu viel erwarten. Ob Wahlen trotzdem eine kleine Mitentscheidungsmöglichkeit bieten oder ob der Wahlboykott die richtige Reaktion auf den regelmäßigen Wahlzirkus ist, sei dahingestellt. Wichtig ist die Erkenntnis, dass Politik nicht an der Wahlurne und im Parlament gemacht wird, sondern beim Gespräch am Mittagstisch, bei Diskussionen im Internet, in Betrieben, Schulen und Unis, bei direkten Aktionen wie Streiks oder Blockaden und nicht zuletzt beim öffentlichen Protest auf der Straße.

David W.

Anzeigen

T-Shirts ★ **Kapus**
★ ★ **Girlies** ★ ★
bedruckt und unbedruckt

über 1000 Button Motive
Buttonproduktion
auch Kleinstauflagen

www.roter-shop.de

Verlag Graswurzelrevolution

NEU

GEGEN DIE ARBEIT

Michael Seidman
Gegen die Arbeit
Über die Arbeiterkämpfe in Barcelona und Paris 1936–1938
Mit einem Vorwort von Karl Heinz Roth und Marcel van der Linden
477 Seiten | 24,90 Euro | ISBN 978-3-939045-17-5

Michael Seidman hat **Arbeitsverweigerungen** während der Spanischen Revolution in Barcelona und der Fabrikbesetzungen in Paris zwischen 1936 und 1938 untersucht. Er hat herausgefunden, dass ArbeiterInnen unter Revolution keineswegs verstanden, aus Begeisterung mehr zu arbeiten, sondern vielmehr weniger oder gar nicht. Eine brisante Studie gegen die produktivistische Gesellschaftsutopie.

Walter L. Bernecker
Anarchismus und Bürgerkrieg
Zur Geschichte der Sozialen Revolution in Spanien 1936–1939
Mit einem aktuellen Vorwort
versehene Neuauflage
390 S. | 24,80 Euro
ISBN 978-3-939045-03-9

Walter L. Bernecker / Sören Brinkmann
Kampf der Erinnerungen
Der Spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft 1936–2010
5. erw., aktualisierte Aufl.
395 S. | 37 Abb. | 21,50 Euro
ISBN 978-3-939045-16-8

Leo Tolstoi, Clara Wichmann, Elisee Reclus, Magnus Schwantje u.a.
Das Schlachten beenden!
Zur Kritik der Gewalt an Tieren. Anarchistische, feministische, pazifistische und linkssozialistische Traditionen
180 S. | 5 Abb. | 14,90 Euro
ISBN 978-3-939045-13-7

Findus
Kleine Geschichte des Anarchismus
Ein schwarz-roter Leitfad – Comic
2. erw., aktualisierte Aufl.
57 S. | 7,80 Euro
ISBN 978-3-939045-14-4

► GWR-Vertrieb | Birkenhecker Straße 11 | 53947 Nettersheim | Fax 02440 959351 | buchverlag@graswurzel.net | Gesamtverzeichnis und Bestellung unter www.graswurzel.net

Ein Erbe der Apartheid

Südafrika: Große Unterschiede zwischen reichen Innenstädten und armen Townships

In einer südafrikanischen Großstadt sieht es auf den ersten Blick aus wie in Europa, oder in den USA: Shoppingmalls, geteerte Straßen, große Häuser, viele mit Pool. Die riesigen Townships, in denen ein großer Teil der Bevölkerung in Armut lebt, werden oft nicht bemerkt. Nur ein paar Kilometer entfernt von den Stadtzentren befindet sich eine komplett andere Welt. Es wird kaum Englisch gesprochen, die Häuser sind viel kleiner, oft sind es nur Wellblechhütten; Kühe laufen auf der Straße herum, Reissäcke werden auf den Köpfen getragen. Statt Neuwagen findet man Minibustaxen.

Die „Rassen“trennung

'Townships' werden die Armenviertel oder 'Ghettos' in Südafrika genannt. Es ist ein Begriff, der aus der Zeit der organisierten Diskriminierung, der Apartheid, übrig geblieben ist.

Als 1948 die rassistische Nationalpartei der Buren die Macht in Südafrika übernahm, wurde die gesamte Siedlungsstruktur neu organisiert. Es gab eine klare Rangordnung: von den 'Weißen' über die 'Mischlinge' und 'Inder' bis hin zu den 'Schwarzen'. Die „Rassen“ wurden nicht nur räumlich getrennt, die 'niederen Rassen' wurden auch systematisch diskriminiert und ausgebeutet.

Die 'schwarze' Bevölkerung wurde nach Sprache und geschichtlichem Hintergrund in „Stämme“, sogenannte Bantunationen eingeteilt. Jedem der zehn Stämme wurde ein Bantu-Homeland zugewiesen. Inder und Mischlinge wurden zu einer eigenen 'Nation' erklärt - allerdings ohne eigenes Gebiet.

Nur zwei Jahre nach der Machtübernahme der Nationalpartei waren alle BürgerInnen Südafrikas verpflichtet, sich in eine 'Rasse' einteilen zu lassen. Entschieden wurde nach Hautfarbe, Haarstruktur oder 'Rasse' der Eltern.

Die Abschiebung und Umsiedlung aller 'Schwarzen' aus den Städten und weißen Homelands war aber nicht möglich. Die ärmeren Bevölkerungsschichten arbeiteten unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen und waren eine sehr billige Arbeitskraft. So wurde dann 1950 der sogenannten 'Group Area Act' in Kraft gesetzt.



Township in Südafrika. | **Foto:** Eva W.

Durch dieses Gesetz wurden 'gemischtrassige' Wohngebiete verboten und mit Gewalt zerstört, alle 'nicht Weißen' aus der Stadt vertrieben und sortiert nach 'Rassen' in 'Townships' untergebracht. Diese Townships wurden oft hinter den Industriegebieten erbaut, untereinander getrennt und von der Stadt abgeschottet.

Die Situation heute

Obwohl sich seit dem Ende der Apartheid 1994

viel in der Politik Südafrikas getan hat, kann man das Erbe der Diskriminierung bis heute sehen - besonders in den Townships. Zwar wird in den Townships heute nicht mehr die 'schwarze Rasse' abgegrenzt und versteckt, dafür aber die soziale Unterschicht, die immer noch fast ausschließlich schwarz ist. Südafrika ist das Land mit der weltweit zweitgrößten Ungleichheit zwischen Arm und Reich.

Noch immer gehören ein paar Tausend 'weißen' Farmern 72 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Südafrikas, die 'Weißen' verdienen im Durchschnitt 12mal so viel wie die 'Schwarzen'.

Die Arbeitslosenquote Südafrikas liegt bei rund 30 Prozent, in den Townships wird sie ungefähr doppelt so hoch geschätzt. Das ist ein Grund, warum für viele Familien das Kindergeld (ca. 25 Euro im Monat) die einzige Einkommensquelle ist. Es bleibt oft kaum Geld, um die Schulausbildung und ausreichend Essen zu bezahlen. In vielen Familien wird das Geld in Alkohol investiert.

Auch wenn sich die Wohnbedingungen wie zum Beispiel die Wasser- und Stromversorgung deutlich verbessert haben, gibt es eine Masse an sozialen Problemen, mit denen die Leute in den Townships täglich konfrontiert sind. Die Ungleichverteilung und Arbeitslosigkeit fördern Drogenmissbrauch, Alkoholabhängigkeit, Kriminalität und Gewalt.

Auch die staatlichen 'Townshipsschulen' sind nicht annähernd vergleichbar mit den privaten Schulen in der Stadt. Während die Privatschulen Austauschprogramme mit deutschen SchülerInnen organisieren oder zu Sportwettbewerben nach Kapstadt fliegen, wird in den Townships oft ohne Strom und Lehrmaterialien in überfüllten, alten Klassenräumen unterrichtet. Viele Universitäten haben ein europäisches Bildungsniveau, sind allerdings nur für einen geringen Teil der Bevölkerung zugänglich. Studieren ist teuer, nur die Besten bekommen ein staatli-

ches Stipendium.

Auch die Folgen der 'Bantuerziehung' sind noch immer spürbar. Diese hat den 'nicht Weißen' bestimmte Bildungszugänge vorenthalten, wie zum Beispiel das Absolvieren eines Mathematikstudiums. So sind die Lehrer aus den Townships oft schlechter ausgebildet als 'Weiße'.

Ein großes Problem in den Townships sind Krankheiten wie HIV/Aids oder Tuberkulose. Südafrika hat mit 13 Prozent die weltweit höchste HIV-Rate; in den Townships liegt sie sogar bei 30 Prozent. Geld für eine Behandlung mit Medikamenten ist für fast alle unbezahlbar. Obwohl die Krankheit die häufigste Todesursache ist, wird sie totgeschwiegen, Betroffene aus der Gesellschaft ausgegrenzt. Die ärztliche Versorgung in den Townships ist wesentlich schlechter als in der Stadt, dafür aber günstiger. Mehr als die Hälfte der Medizin-Absolventen wandern ins Ausland ab, von den verbliebenen sind fast alle im privaten Bereich tätig und arbeiten nicht in öffentlichen Krankenhäusern.

Auch zwischen den Townships gibt es starke soziale Unterschiede. In manchen stehen Wellblechhütten, in anderen kleine Steinhäuser mit Garage und eigenem Auto. In diesen Gegenden leben die Einwohner oft gerne, denn sie sind nicht weit weg von der Familie und die Grundstückspreise sind viel geringer.

Noch immer haben sich sehr viele 'weiße' Südafrikaner noch nie in ihrem Leben in einem Township aufgehalten. Die Menschen leben noch immer in getrennten Welten. Wahrscheinlich wird es noch einige Generationenwechsel dauern, bevor die Apartheid endgültig zu Ende geht.

Eva W.

*Eva war bis vor kurzem für ein Jahr in Südafrika
und hat in einem Township gearbeitet.*

Anzeige

P a p y R o s s a | Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln

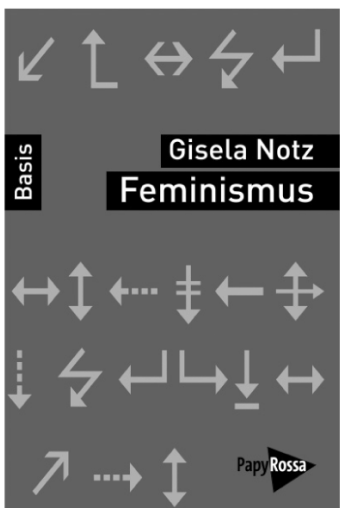


Lucas Zeise:

Geld – der vertrackte Kern des Kapitalismus

Zur politischen Ökonomie des Finanzsektors und des Geldes: Anlässlich der Turbulenzen seit 2007 handelt Lucas Zeise die großen und kleinen Krisen des Kapitalismus ab – Inflation, Währungskrisen, Staatspleiten. Und er diskutiert, was notwendig wäre, um das Monster namens Finanzsektor zu bändigen.

192 Seiten; Euro 12,90



Gisela Notz:

Feminismus

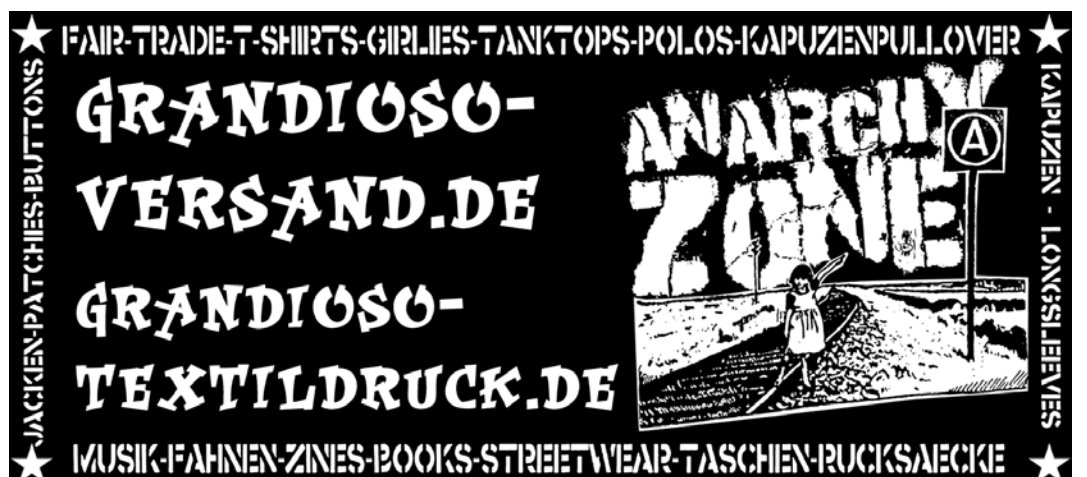
Basiswissen Politik / Geschichte / Ökonomie

Feminismus gilt Gisela Notz als politische Theorie, soziale Bewegung und wissenschaftliche Disziplin. Seine zahlreichen, zum Teil auch gegenläufigen Strömungen, die die Rechte der Frauen widerspiegeln, macht sie mit einem Gang durch die Geschichte deutlicher, farbiger und interessanter.

Pocketformat; 131 Seiten; Euro 9,90

Tel.: 02 21 / 44 85 45 | www.papyrossa.de | mail@papyrossa.de

Anzeige



Kleine Geschichte des ANC und des Apartheid-Regimes in Südafrika

Seit den ersten demokratischen Wahlen nach Ende des Apartheid-Regimes 1994 regiert in Südafrika der ANC – „African National Congress“, der sich selber nicht als Partei, sondern als Freiheitsbewegung versteht.

Der ANC hat sich 1912 unter dem Namen „South African Native National Convention“ gegründet (und sich später umbenannt) und ist aus der 1909 gegründeten „South African Native Convention“ hervorgegangen. Ziel war es, sich auf friedliche Weise für die Rechte der schwarzen Bevölkerung Südafrikas einzusetzen. Diese wurden nämlich seit der Kolonialisierung Südafrikas von niederländischen Händlern („Buren“) und Briten zunehmend eingeschränkt. Nach der Entdeckung von Diamantenvorkommen in Südafrika in den 1860er Jahren benötigten die Briten und „Buren“ billige Arbeitskräfte. Die Wahlrechte der AfrikanerInnen in der Kapregion wurden durch immer höhere Anforderungen eingeschränkt. Ebenso wurden die Rechte und Freiheiten der indischstämmigen Bevölkerung und der „Coloureds“ eingeschränkt, weswegen Mahatma Gandhi, der 1893 nach Südafrika emigrierte, den „Indian Congress“ gründete und sich die APO („African Political Organisation“) als politische Bewegung der „Coloured“ Bevölkerung gründete.

Nach dem Ende des Burenkriegs (Konflikt zwischen „Buren“ und Briten) wurde die nicht-weiße afrikanische Bevölkerung vollends aus dem politischen Leben ausgeschlossen und es wurden erste Gesetze verabschiedet, die die Freiheiten der schwarzen Bevölkerung stark einschränkten und die ihre Ausbeutung auf Farmen und in Minen legalisierte. Diese dienten als Grundlage für die später verabschiedeten Apartheidgesetze.

Nach den Wahlen 1948 festigte die nationalistische (Buren-)Partei NP ihre Macht, womit das Apartheidregime seinen Anfang fand. Hendrik F. Verwoerd, Minister für „Native Affairs“ und späterer Premierminister, formulierte die Ideologie des Apartheidsystems im Namen der westlichen christlichen Zivilisation. Dieser Ideologie liegen vier Kernideen zu Grunde:

1. Südafrika bestehe aus vier „races“: „Schwarz“, „Coloured“, „Indisch“ und „weiß“
2. Die weiße Bevölkerung sei die zivilisierte und hat damit die Kontrolle über den Staat
3. Die Interessen der weißen Bevölkerung überwiegen die Interessen der anderen Bevölkerungsgruppen
4. Südafrika bestehe aus verschiedenen einzelnen Nationen: Die weiße Bevölkerung (englisch- und afrikaanssprachige) formen eine Na-



Township in Südafrika. | Foto: Eva W.

tion, während die schwarze Bevölkerung zehn „unabhängigen“ „homelands“ zugeordnet wurden und offiziell keine südafrikanische Staatsbürgerschaft haben (international wurden diese „homelands“ allerdings nicht anerkannt).

Das Apartheidregime war von Anfang an besonders auf die Ausbeutung der schwarzen Bevölkerung ausgelegt. Der ANC fokussierte sich daher sehr auf die Organisation der ArbeiterInnen, da „schwarze“ Gewerkschaften verboten waren. Durch verschiedenste Gesetze wurden die Freiheiten der schwarzen Bevölkerung vehement eingeschränkt. Beispiele sind die „Pass Laws“, die erforderten, dass die schwarze Bevölkerung sich jederzeit ausweisen musste (in den Pässen waren dann „race“ und Arbeitgeber vermerkt). Ehen und sexuelle Beziehungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen wurden verboten. Der „Group Area Act“ legte genau fest, in welchen Teilen der südafrikanischen Städte die verschiedenen Bevölkerungsgruppen lebten – im Zuge dessen kam es zu Räumungen von ganzen Stadtvierteln, die für die weiße Bevölkerung vorgesehen waren (berühmt ist das „District Six“ in Kapstadt).

Die schwarze und „coloured“ Bevölkerung wurde in immer weiter wachsende Townships verdrängt, die der (meist traditionellen, nicht demokratisch gewählten und von der weißen Regierung kontrollierten) Verwaltung der „homelands“ unterstanden. Die „homelands“ sahen

sich zunehmend mit Problemen der Überbevölkerung und inhumanen Lebensverhältnisse konfrontiert, weswegen immer mehr Menschen als billige, ausbeutbare Arbeitskräfte in die urbanen Regionen zogen – die Probleme in den Townships waren allerdings ähnlich. Die Bildung der schwarzen Bevölkerung wurde gesetzlich eingeschränkt – sie sollte sich nicht über ihre vorgesehene Position in der Gesellschaft hinaus entwickeln („Bantu Education Act“).

Das Apartheidregime war ein totalitäres, repressives, rassistisches System, das seine Macht gewaltsam (durch Polizei und Armee) ausübte.

In den 1950er Jahren zeichnete sich die Arbeit des ANC und anderer Freiheitsbewegungen (PAC – Pan Africanist Congress) durch friedliche Aktionen als Antwort auf die Politik des Apartheidregimes aus. Dazu zählten Streiks, Boykotte von öffentlichen Transportmitteln und Konsumartikeln und Anti-Pass-Kampagnen. 1960 wurden bei einer solchen Anti-Pass-Kampagne (Verweigerung, den Pass bei sich zu führen) 69 Menschen in Sharpeville von der Polizei erschossen, woraufhin der ANC zu einem nationalen „stay-at-home day“ aufrief, es zu Massenverhaftungen kam und der Notstand ausgerufen wurde, im Zuge dessen der ANC und der PAC verboten wurden.

Dies war auch der Zeitpunkt, an dem sich der ANC von seinem bisher friedlichen Protest verabschiedete und sich dem bewaffneten Wi-

derstand zuwand mit der Gründung von „Umkhonto we Sizwe“ (Speer der Nation), dem bewaffneten Arm des ANC. Dieser betonte in seinen Grundsätzen allerdings, dass alle gewaltsamen Handlungen keine eigene Entscheidung seien, sondern von der nationalistischen Regierung erzwungen wurden. In dieser Zeit wurden sehr viele ANC-Mitglieder in Haft genommen, unter anderem auch Nelson Mandela, zu der Zeit im „National Executive Committee“ des ANC. Gleichzeitig wuchs die internationale Solidaritätsbewegung.

1976 protestierten SchülerInnen in Soweto, einem Township von Johannesburg, gegen Afrikaans als Unterrichtssprache. Dabei wurde ein 13jähriger Schüler von der Polizei erschossen, wonach es zu landesweiten Protesten mit weit über 500 Toten kam.

Nach diesen Ereignissen kam es zu internationalen Sanktionen gegen Südafrikas Regierung, nachdem sich andere Staaten Jahre zuvor nur mit leerer Rhetorik begnügt hatten: Südafrika mit seinen vielen Mineralien war wichtiger Handelspartner und hat sich mit seiner eigenen Rhetorik, dass der ANC dem kommunistischen Osten nahesthe, der Stimmung des Kalten Krieges angepasst.

1990 wurde unter dem Premierminister F.W. de Klerk der ANC wieder erlaubt und Nelson Mandela aus seiner Haft erlassen. In einer Übergangsphase arbeiteten alle Parteien, vor allem der ANC und die NP, an einer neuen Verfassung und 1994 kam es zu den ersten freien, demokratischen Wahlen, aus denen Nelson Mandela als neuer Präsident hervorging.

Der ANC ist in seiner Geschichte als politisch links anzusehen, der eine sozialistische, anti-rassistische Gesellschaft anstrebt. Allerdings hat sich der ANC seit den 1990er Jahren besonders in Bezug auf wirtschaftliche Fragen neoliberal gewandelt. Eine innerparteiliche Opposition dagegen spielt derzeit die vergleichsweise einflussreiche Jugendorganisation des ANC (ANC Youth League).

Der ANC bildet außerdem eine Allianz mit COSATU, dem Zusammenschluss südafrikanischer Gewerkschaften, und der SACP, der südafrikanischen kommunistischen Partei. Dies führt unter anderem zu der derzeitigen Befürchtung eines „Ein-Parteien-Staates“.

Lyd

Fortsetzung von S. 1 | Wer gehört zum Regenbogen?

im neuen Südafrika. Schon 1997 hat die South African Human Rights Commission (SAHRC) Xenophobie als eine der größten Gefahren für Menschenrechte und Demokratie in Südafrika bezeichnet.

Seit 1994 ist es zu zahlreichen Gewalttaten gegen MigrantInnen gekommen, die mehrere Tote und Verletzte forderten und internationale Aufmerksamkeit erregten. Meistens geschahen diese in einer Art Mob und fanden in benachteiligten illegalen Siedlungen oder Townships statt. 1994 wurden im Alexandra Township von Johannesburg über mehrere Wochen hinweg MigrantInnen aus Mosambik, Zimbabwe und Malawi attackiert und für die erhöhte Kriminalität und Arbeitslosigkeit beschuldigt. Ähnliches wiederholte sich in den Jahren darauf. Im Jahr 2000 wurde ein Sudanese stark verletzt, als er vom Zug gestoßen wurde, zwei weitere wurden erschossen. 2001 wurden mehrere hundert MigrantInnen aus Zimbabwe aus ihren Ansiedlungen in der Nähe von Johannesburg vertrieben, anschließend wurden mehrere ihrer Unterkünfte niedergebrannt. Ein Jahr darauf wurde ein Nigerianer von drei südafrikanischen Polizisten zu Tode geprügelt. Einen Höhepunkt der xenophoben Übergriffe in Südafrika stellen die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen SüdafrikanerInnen und MigrantInnen in mehreren Städten Südafrikas 2006 und 2007 dar. Dabei starben 100 Menschen aus Somalia. Zahlreiche Geschäfte und Eigentümer von somalischen MigrantInnen wurden zerstört. 2008 kam es zu ähnlichen Übergriffen über das gesamte Land verteilt. Allein im Mai 2008 wurden über 65 Menschen umgebracht. Ungefähr

35.000 verloren ihr Zuhause und wurden in Lagern, Gemeindezentren, Moscheen und Kirchen untergebracht. Diese Übergriffe sind in ihrer Gewalt und der schnellen, landesweiten Ausbreitung bezeichnend für die xenophobe Einstellung vieler SüdafrikanerInnen.

Staatlicher Rassismus

Die politische Realität in Südafrika ist weitaus rassistischer als es die Rhetorik des ANC vermuten lässt. Der Fokus bei der Regelung von Immigration nach Südafrika liegt auf Kontrolle und Exklusion. Bis 2002 galt der „Aliens Control Act“ von 1991, also noch aus Apartheidzeiten, trotz einer in andern Bereichen totalen Erneuerung der Gesetze. Daher wurde er manchmal als „apartheid’s last act“ bezeichnet. Es hat acht Jahre gedauert, dieses Gesetz in den „Immigration Act“ zu ändern. Dabei wurde der Begriff „alien“ in „immigrant“ umgeändert. Ansonsten sind die Änderungen eher marginal und beziehen sich eher auf das „brain drain“-Problem Südafrikas, dass gut ausgebildete SüdafrikanerInnen ins Ausland emigrieren: Es wird denjenigen eine permanente Aufenthaltsgenehmigung gewährt, die „extraordinary skills“ vorweisen können. Damit wird weniger ausgebildeten ArbeiterInnen eine permanente Aufenthaltsgenehmigung verwehrt. Die Grenzen Südafrikas werden seit 1994 mit einem computergesteuerten System überwacht und entlang der Grenzen zu Zimbabwe und Mosambik wurde ein 220 km langer elektronischer Zaun angebracht, um „illegale“ Einwanderung zu verhindern. Flüchtlingen wird von offizieller Seite die Beantragung von Asyl oft erschwert. Polizeikontrollen

in den Stadtzentren ergänzen die Grenzkontrollen zusätzlich. Dabei wird von augenscheinlich nicht-südafrikanischen Personen der Pass verlangt. Diese werden entweder an Hand ihrer angeblich dunkleren Hautfarbe, ihrem Akzent oder Impfungsnarben, die an anderer Stelle als bei südafrikanischen Staatsbürgern zu finden seien, identifiziert. Werden MigrantInnen ohne Papiere verhaftet, dürfen diese nach geltendem Recht in Haft genommen und abgeschoben werden ohne eine gerichtliche Verhandlung und die Möglichkeit, sich dagegen zu wehren.

Kapitalismus und Nationalstaat als Ursachen

Was sind also die Gründe für die Xenophobie von Seiten der SüdafrikanerInnen und dem Staat gegenüber MigrantInnen aus anderen afrikanischen Ländern? Seit Gründung des neuen Südafrika hat sich der panafrikanische Nationalismus immer mehr hin zu einem südafrikanischen Nationalismus gewandelt, der sich auf der Andersartigkeit, besonders auf der wirtschaftlichen Stärke, im Vergleich zum restlichen Kontinent gründet. Dieser Nationalismus steht im Zusammenhang mit der zunehmenden neoliberalen Ausrichtung der Politik des regierenden ANC. Betonte Nelson Mandela während seiner letzten Monate in Haft, dass die Forderungen der Freedom Charter des ANC zur Nationalisierung der Minen, Banken und Monopolindustrien zur unabänderbaren Politik des ANC gehören, sehen heute einige einen voll ausgeprägten Neoliberalismus als dominanten Politikstil der ANC-Führungselite („talk left, act right“). Durch die Spielregeln der Globalisierung und des Kapitalismus entsteht eine Leistungsgesellschaft,

in welcher der Wettbewerb zwischen GewinnerInnen und VerliererInnen unterscheidet. Da die bisherigen Umverteilungsmaßnahmen, die sich meist auf der Idee eines freien Wettbewerbs stützen, ihr Ziel nicht erreicht haben und Südafrika nach wie vor eine der Gesellschaften mit der ungleichsten Verteilung ist, setzen vor allem die potentiellen VerliererInnen in Südafrika (vor allem die schwarze, sehr arme, hochgradig benachteiligte Bevölkerung) auf Abschottung und Ausgrenzung von „Außenstehenden“. Dabei bedienen sie sich nationalistischer Argumente.

Aufgrund seiner wirtschaftlichen Entwicklung sieht sich Südafrika zunehmend vom Rest Afrikas abgegrenzt. Hinzu kommt der Diskurs von einem Wunder, wenn es um die Befreiung vom Apartheidregime geht. Dies birgt die Gefahr in sich, dass sich Südafrika als sehr speziell im Gegensatz zu anderen südafrikanischen Staaten wahrnimmt und eine Führungsrolle für den Kontinent für sich beansprucht.

Es ist also der Kapitalismus, der zu extremen Wettbewerb um knappe Ressourcen in den benachteiligten und ärmsten Teilen der Bevölkerung führt und damit die Grundlage für die Xenophobie in Südafrika gelegt hat. Kapitalismus und Nationalstaat bedingen sich hier gegenseitig und führen zu Nationalismus und Fremdenhass. Es gilt also, nach ehrlichen Alternativen zum System von Nationalstaaten und Kapitalismus zu suchen.

Für mehr Informationen zum Thema „Migration im südlichen Afrika“ die Internetseite von SAMP: www.queensu.ca/samp

Zeitung machen für Dummies

Die utopia macht dicht – doch Medienvielfalt ist wichtig. Jetzt seid ihr dran!

Bevor du beginnst deine eigene Zeitung zu machen, musst du dir erst einmal viele Fragen beantworten: Wen willst du mit der Zeitung erreichen? Über welche Themen soll berichtet werden? Wie viele Leute sind für das Projekt nötig? Wie wird es finanziert? Wie oft soll die Zeitung erscheinen? Und wie wird sie vertrieben? Wenn du zum Beispiel mit deiner politischen Jugendgruppe eine Zeitung für euren Ort machen willst, reicht es anfangs sicherlich erst einmal aus, regelmäßig ein doppelseitig kopiertes DIN A4- oder A3-Blatt als Zeitung herauszugeben. Das sollte aber möglichst regelmäßig – also beispielsweise immer am Monatsanfang – passieren. Die Kosten sind dabei gering und die Zeitungen können einfach in die Briefkästen gesteckt werden. Anders ist es da bei einer Zeitung mit breiter Verteilung wie der utopia – da braucht es schon eine gewisse Vertriebs- und Finanzierungsstruktur. Egal was du planst, folgende Tipps können bei deinem Zeitungsprojekt helfen.

Treffen und Redaktion

Wichtig bei einer Zeitung ist natürlich die Redaktion. Sie macht die Zeitung. Bevor auch nur eine Zeile veröffentlicht wird, muss die Zeitung bei einem Redaktionstreffen (oder einer Telefonkonferenz) erst mal geplant werden – das gilt sowohl für den inhaltlichen (Welche Texte und Bilder kommen in die Zeitung?) als auch für den organisatorischen (Wer kümmert sich um den Druck und den Vertrieb?) Teil. Einige wichtige Fragen, die es für deine Zeitung zu klären gilt, findest du bzw. findet ihr als Redaktion in der Infobox in dieser utopia. Bei der utopia selbst gab es bei 21 Ausgaben insgesamt 19 Redaktionstreffen (in Münster, Berlin, Hannover, Erfurt, Bochum, Kassel...) und drei Telefonkonferenzen. So ein Redaktionstreffen kann schon mal einige Stunden dauern, ist aber auch immer ganz nett.

Struktur und Organisation

Nach dem Treffen erledigt dann jedes Redaktionsmitglied die Aufgaben, die er übernommen hat – etwa das Anschreiben externer AutorInnen für Texte oder Fotos für einen Artikel machen. Wichtig ist dabei auch die Kommunikation innerhalb der Redaktion: Kommen alle Artikel pünktlich? Wo gibt es Probleme? Und wer braucht vielleicht noch Unterstützung, um seine/ihre Aufgabe zu erledigen? Die utopia hatte dazu einen E-Mail-Verteiler (ihr könnt z.B. einen bei yahoogroups einrichten) und einen Account beim linken Internet-Hoster „riseup“ – alles kostenlos verfügbar. Fertige Artikel wurden dann immer über den Verteiler geschickt bzw. bei riseup hochgeladen, damit jede_r aus der Redaktion auf dem neuesten Stand war und sich zum Artikel äußern konnte – ihn zum Beispiel nochmal auf Schreibfehler durchlesen konnte. Die utopia hat immer viel Wert auf Basisdemokratie gelegt: Alle konnten bei Allem mitreden. Das letzte Wort beim Artikel hat immer der_die Autor_in des Texts – inhaltliche Verbesserungsvorschläge der Redaktion konnten angenommen oder begründet abgelehnt werden. Wenn ihr alle Texte und Fotos beisammen habt geht es weiter: jemand muss die Zeitung layouten. Bei kleinen DIN A4 oder A3-Zeitung bekommst du das sicher noch mit gängigen Textprogrammen hin. Komplizierter wird es, wenn deine Zeitung im Zeitungsformat von einer Druckerei gedruckt werden soll – dann ist schon ein richtiges Layout-Programm wie etwa Scribus, ein kostenloses Layout-Programm, das ihr im Internet herunterladen könnt, nötig. Unterschätzt das Layouten nicht! Die utopia hatte damit länger große Probleme, da niemand so richtig layouten konnte. Nicht zu vergessen sind auch die Finanzen. Eine Zeitung muss (oder besser gesagt sollte) gegenfinanziert sein. Ermittelt die euch entstehenden Kosten – also die von Druck und gegebenenfalls (Post-)Vertrieb. Dann müsst ihr Geld beschaffen. Das kann – wie bei der utopia – über An-



utopia - von kritischen Lesern empfohlen. | Foto: Felix H.

zeigen und Spenden einigermaßen funktionieren. Vielleicht gibt es ja ein lokales Geschäft oder einen Laden, der euch unterstützt. Wenn ihr keine finanzstarke Organisation hinter euch habt, die euch unterstützen kann, gibt es auch die Möglichkeit Stiftungen oder im Notfall euch nahestehende Parteien oder Gewerkschaften anzufragen. Denkt nach – irgendwo lassen sich schon einige Euro herbekommen!

Druck und Vertrieb

Je nach Auflage und Format kann der Druck einer Zeitung ziemlich viel kosten. Hingegen sind Copy-Shops teilweise recht preiswert – überlegt

euch daher gut, ob es sofort eine „richtige“ Zeitung sein muss oder ob es nicht erstmal reicht einfach zu kopieren. Eine gefaltete Seite DIN A3 ergibt beidseitig bedruckt bzw. kopiert immerhin schon vier Seiten im A4-Format. Das ist schon was! Auch für den Vertrieb müsst ihr euch Gedanken machen. Immerhin soll die fertige Zeitung ja nicht sofort im Müllcontainer landen. Jede Zeitung einzeln oder als Paket zu verschicken kostet viel Geld – die utopia-Redaktion kann ein Liedchen davon singen, da die Vertriebskosten die Zeitung 2010 fast in den finanziellen Ruin getrieben hätten. Falls ihr eine Zeitung für euren Ort oder euer Stadtviertel machen wollt, gibt es andere günstigere (aber auch anstrengendere!) Vertriebswege: die Zeitungen einfach in Briefkästen stecken, in der Innenstadt an die Leute verteilen oder an belebten Orten (vom Jugendzentrum bis zur Bäckerei) auslegen. Die utopia wurde in Frankfurt am Main professionell gedruckt. Von dort aus wurden auch alle Abonnements verschickt. Wer zwischendurch eine Zeitung bzw. einen Zeitungsstapel wollte, bekam diese von einem Redaktionsmitglied zugeschickt – eine dauerhafte und monotone Arbeit, die bei einer Zeitung aber auch manchmal gemacht werden muss.

Der Rest

Zeitungmachen macht Spaß! Auch wenn es manchmal schwer fällt die Seiten regelmäßig zu füllen, lohnt es sich. Mit Medien kann man viele Leute erreichen und in seiner Stadt – auch wenn sie nur klein ist – neben den großen Mainstream-Tageszeitungen ein kleines, kritisches Monatsblatt zu veröffentlichen, ist in den allermeisten Fällen dringend nötig! Schaut doch mal, was örtliche Großunternehmen so anstellen oder ob nicht in der Bundeswehr-Kaserne nebenan der Afghanistan-Krieg geplant wird. „Große“ Tageszeitungen sind gerade bei lokalen Themen oft sehr unkritisch und machen Hofberichterstattung für die lokalen Politiker_innen. Ihr könnt natürlich auch eine Online-Zeitung machen. Druckkosten und anstrengender Vertrieb fallen dadurch praktischerweise weg, es hat aber auch den Nachteil, die Leute auf der Straße nicht direkt erreichen zu können. Wenn ihr den Leuten in der Innenstadt eine Papierzeitung in die Hand drückt ist die Chance, dass eure Artikel gelesen werden, größer als wenn ihr ihnen einen Link für euer Online-Magazin schickt. Am Anfang läuft bei eurer Zeitungsproduktion sicher noch das Ein oder Andere schief. Lasst euch davon aber nicht unterkriegen. Auch bei der utopia war es ein „learning by doing“. Es hat lange Zeit gut geklappt und wir blicken zufrieden auf die letzten vier Jahre zurück – es waren tolle Jahre! Doch nun seid ihr dran. Sorgt für eine kritische, linke Presse in eurer Stadt, in eurem Land und überall!

Michael Schulze von Glaßer

Mit dem Rücken zum Feld

Nazis auf dem Land

„Wir erobern die Städte vom Lande aus“ lautet eine von der NPD ausgegebene Losung. Schließlich habe die NPD hier mit erheblich weniger Widerstand als in Städten zu rechnen. Tatsächlich begünstigt nicht nur die politische, sondern auch die soziale und kulturelle Situation in Dörfern unter Umständen die Verfestigung neonazistischer Milieus. Umso wichtiger ist es auch für antifaschistisch gesinnte Stadtbewohner*innen politische Arbeit auf Dörfern zu leisten und Nazigegner*innen vor Ort zu unterstützen.

Neonazistische Erlebniswelten

Für viele Jugendliche ist der Einstieg in die Neonaziszene keine bewusste politische Entscheidung. Oft sind es niedrigschwellige Freizeitangebote wie Konzerte, Sportveranstaltungen oder gemeinsame Saufabende, bei denen unpolitische und rechtssoffene Jugendliche in Kontakt zum organisierten Neonazismus kommen. Die Verbindung aus Lebensgefühl, Freizeit- und Unterhaltungsangeboten kann als eine attraktive Alternative zum langweiligen Dorfleben er-

scheinen. Im Gegensatz zur Stadt können auf dem Land schon ein halbes Dutzend Jugendliche als attraktive rebellische Gruppe mit vielfältigen kulturellen Erlebnisangeboten erscheinen. Neonazicliquen können schon mit einer geringen Größe in Dörfern leicht Bedeutung in den verschiedensten Alltagen der Menschen erlangen und massiv Einfluss auf die Lebenswirklichkeiten von Jugendlichen nehmen. Gerade auch die NPD hat dieses Potential schon lange erkannt und versucht etwa mit den „Schulhof-CDs“ genau dieses Wähler*innen- und Aktivist*innenpotential zu erschließen.

Erschwerter Antifaschismus

Die Voraussetzungen für eine antifaschistische Praxis fallen im Vergleich zur Stadt auf dem Land ungleich bescheidener aus. Weder die Anonymität einer Großstadt noch eine breite Zivilgesellschaft oder gar linke Infrastruktur können die persönliche Sicherheit garantieren, gesellschaftliche Solidarität schaffen oder eigene Agitations- und Rückzugsräume zur Verfügung stellen.

Abseits der Zentren bewegt sich Antifaschismus zwangsläufig mit stärkerer Fokussierung auf die eigene Sicherheit. Unweigerlich sind Neonazis im Alltag präsent. Sie besuchen dieselben Schulen, gehen in dieselben Kneipen, wohnen in der Nachbarschaft und haben mitunter sogar gemeinsame Bekannte. Mit der Präsenz geht nicht nur ein massives Bedrohungspotential gegen Antifaschist*innen einher, wenn sie (halb-)öffentlich ihre Meinung vertreten. Insgesamt gestaltet sich die soziale Kontrolle einzelner Individuen wegen der engen sozialen Bindungen viel stärker als in der Stadt. Ob Antifaschist*innen ernst genommen, als ahnungslose „Zecken“ abgetan oder gar als „gefährliche Linksextremist*innen“ diffamiert werden, darüber entscheidet nicht selten eine mehrheitlich bürgerlich-konservative Grundstimmung der Bevölkerung. Umso hilfreicher können lokale Meinungsführer (Verinsmitglieder, Politiker*innen, Kulturschaffende, etc.) sein, die sich für antirassistische Positionen einsetzen und somit zumindest eine teilweise Akzeptanz für Antifaschismus und Antifaschist*innen erreichen können.

Viel zu tun – auch für Städter

Bietet hingegen niemand der extremen Rechten Paroli, kann ein politisches Vakuum ohne greifbare linkspolitische Alternativen entstehen. Für die Nazis stellt sich ein Gefühl der Unangreifbarkeit ein und für Jugendliche können Neonazis dann erst recht als starke, attraktive Gruppe erscheinen. Potentielle Opfer rechter Gewalt sind indes umso mehr isoliert und ohnmächtig angesichts dieser Situation. Auf dem Land gilt es also gerade das Zusammenspiel von konservativer Dorfgemeinschaft und Neonazismus zu durchbrechen, um ein Problembewusstsein für Neonazismus und konkrete Gegenstrategien zu entwickeln. Konkret bedeutet das auch für Stadtbewohner*innen sich solidarisch mit Nazigegner*innen auf dem Land zu zeigen, ihre abweichenden Handlungsspielräume zu reflektieren und nach Kräften antifaschistisches Engagement dort zu unterstützen und zu fördern. Viel zu oft sind gerade dort Antifaschist*innen noch in der Defensive, wo ein konsequenter Antifaschismus besonders notwendig wäre.

Johann M. Geber



Trauerfeier für einen in Afghanistan gefallenen Bundeswehr-Soldaten in Detmold. | Foto: Michael Schulze von Glaßer

Schlagkraft erhöht

Was bewirken die Reformen der Bundeswehr?

Zunächst schien es eine gute Nachricht für alle friedliebenden Menschen zu sein, was Verteidigungsminister de Maizière Ende Oktober 2011 verkündete: Die Bundeswehr solle verkleinert werden. Doch bei genauerem Hinsehen stellte sich leider schnell heraus: Triebfeder war nicht Abrüstung, sondern die Erhöhung der Schlagkraft der Bundeswehr und ihre offensivere Ausrichtung.

Zunächst schien es eine gute Nachricht für alle friedliebenden Menschen zu sein, was Verteidigungsminister de Maizière Ende Oktober 2011 verkündete: Die Bundeswehr solle verkleinert werden. Doch bei genauerem Hinsehen stellte sich leider schnell heraus: Triebfeder war nicht Abrüstung, sondern die Erhöhung der Schlagkraft der Bundeswehr und ihre offensivere Ausrichtung.

Bundeswehr im Sparhaushalt

Die Bundeswehr wird derzeit einer grundsätzlichen Reform unterzogen. Die Aussetzung (nicht „Abschaffung“!) der Wehrpflicht ist der offensichtlichs-te Teil dieser Neuausrichtung. Daneben werden strategische Umschichtungen im Etat vorgenommen. Die nun verkündeten Schließungen von Standorten oder Personalreduzierungen gehören ebenfalls dazu. Der Öffentlichkeit werden die Schritte dieser Reform als große Sparaktion verkauft. So sagte der Minister in einem Interview mit der Welt Online Anfang Oktober, dass auch er sich in die Zwänge des Haushalts einordnen müsse. Jede Politik richte sich nach Kassenlage. Jede Politik? Die Haushaltszahlen sprechen eine andere Sprache. So soll der „Verteidigungsetat“ sogar um 133 Millionen Euro auf 31,68 Milliarden Euro anwachsen. Doch unbestritten ist, dass de Maizière ankündigte, die „Truppe“ personell tatsächlich zu verkleinern. Das bedeutet eine Reduktion der Personalkosten. Es werden also Mittel im „Verteidigungshaushalt“ freigesetzt. Wohin fließen diese Mittel? Hauptsächlich in die Optimierung der Verwaltung der Bundeswehr und die „Erhaltung und Beschaffung von Material beziehungsweise militärischen Anlagen sowie die Wehrforschung“. Wie das aussehen kann lässt der jüngste Halbjahresfinanzbericht des deutschen Rüstungskonzerns Rheinmetall erahnen. Bis 2015 sieht der Konzern nur einen leichten Rückgang des „Verteidigungs-“ bzw. Rüstungsetats auf sich zukommen. Dafür werde jedoch „der Rüstungs- und Beschaffungsprozess“ optimiert. Weiter heißt es: „Das Ministerium erfüllt damit eine langjährige Forderung der Industrie, die weiterhin einen „wesentlichen Beitrag“ zu der Erfüllung des Aufgabenspektrums der Bundeswehr leisten soll.“

The brand new Bundeswehr

Doch wo liegen die Aufgaben dieser verschlankten Armee? Grundlage des Umstrukturierungsprozesses ist die „Verteidigungspolitische Richtlinie“ aus dem Mai dieses Jahres. Darin steht unmissverständlich, Ziel sei es eine effiziente Armee vorzuhalten, die ein „unentbehrliches In-

strument der Außen- und Sicherheitspolitik“ darstelle. Die Struktur der Streitkräfte werde nicht am Heimat- oder Katastrophenschutz orientiert, sondern nach den wahrscheinlicheren Aufgaben der internationalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung. Denn dadurch könne Deutschland „einen seiner Größe entsprechenden, politisch und militärisch angemessenen Beitrag [...] leisten“ und seinen Einfluss international sicherstellen. Die Ressourcen der Bundeswehr, dazu gehören selbstverständlich auch die SoldatInnen, werden nach der Einsatzfähigkeit eingeteilt.

Die Bundeswehr – In der Mitte der Gesellschaft?

Auch wenn die Befähigung der Streitkräfte zum weltweiten Einsatz eine übergeordnete Rolle bei deren Umstrukturierung spielt, sieht der „Verteidigungsminister“ die Bundeswehr auch weiterhin gerne in der Mitte der Gesellschaft. Jeder, der in der Nähe eines Bundeswehrstandortes wohnt, weiß was diese „Präsenz in der Fläche“ heißt: Man sieht die SoldatInnen in Uniform oft beim Einkaufen im nächsten Supermarkt, bei Gedenkveranstaltungen und manchmal sogar bei Stadtfesten. Sie werden Teil unseres Alltags, unserer Normalität. Heißt das, wenn die Zahl der SoldatInnen verringert wird, dass diese auch weniger öffentlichen Raum einnehmen? Wohl kaum, denn gleichzeitig werden die Werbemaßnahmen intensiviert. So stiegen zum Beispiel die Kosten für den „Karriere Treff Bundeswehr“ von ca. 240.000 Euro in 2006, auf 1,4 Millionen Euro in 2010. Sportveranstaltungen oder Abenteuerurlaube zielen besonders auf Kinder und Jugendliche ab. Umso wichtiger also, in der Öffentlichkeit Gegenimpulse zu setzen.

Der Bundeswehr den Marsch blasen

Im Fokus der linken Debatte muss die genaue Beleuchtung der Bundeswehr stehen. Was tun die Herr- und Fräuschaften da eigentlich? Wofür werden die Unsummen des Verteidigungsetats tatsächlich jährlich verbraten? Wir müssen die Lüge entlarven, dass deutsche SoldatInnen neuerdings weltweit Frieden schaffen. Die Bundeswehr wird derzeit zu einer schlagkräftigen Streitkraft umgebaut, die international die Interessen Deutschlands und seiner Bündnispartner zu vertreten, zu legitimieren oder letztendlich durchzusetzen hat. Die nächstbeste Möglichkeit öffentlich NEIN zur Militarisierung der deutschen Außen- und Wirtschaftspolitik zu sagen bietet sich am 3. und 4. Dezember in Bonn. Anlässlich der Afghanistan-Konferenz ruft ein breites Bündnis zu Gegendemonstrationen auf. Stellt euch quer und beteiligt Euch auch an den Aktionen: <http://www.afghanistanprotest.de>

S.K. Kleikamp

Elfenbeinküste

Eine andere Perspektive

Im November 2010 fanden Präsidentschaftswahlen in der Elfenbeinküste statt, nach der sich zwei Kandidaten – Laurent Gbagbo, zuvor amtierender Präsident, und sein herausforderer Alassane Ouattara – als Sieger erklärten. Die USA, Europa mit besonderer Rolle Frankreichs als ehemaliger Kolonialmacht in der Elfenbeinküste und die UNO waren sich sehr schnell einig, dass Ouattara die Wahlen gewonnen hat. Es gelte, Gbagbo im Namen der „Demokratie“, dem „Wille des Volkes“, mit militärischen Mitteln zum Rücktritt zu zwingen. Anfang April schritten daher Frankreich und die Blauhelme der UNO militärisch in den bürgerkriegsähnlichen Konflikt innerhalb der Elfenbeinküste ein.

Am 11. April 2011 wurde Gbagbo gefangen genommen und Ouattara konnte als Präsident ins Amt gehen. Auch die westlichen Medien stellten dies als Sieg der internationalen Gemeinschaft gegenüber dem „Despoten“ Gbagbo im Namen der Demokratie dar. Ein ganz anderer Blick auf den Konflikt in der Elfenbeinküste zeigt jedoch, wie sehr es davon abhängt, wer in welchem Interesse Demokratie und den Willen des Volkes definiert. Die ersten Präsidentschaftswahlen in der Elfenbeinküste nach zehn Jahren fanden am 31. Oktober 2010 statt. Aus den Ergebnissen ging hervor, dass im ersten Wahlgang 38 Prozent Gbagbo gewählt haben und 32 Prozent Ouattara. Im November fanden dann die Stichwahlen zwischen diesen beiden Kandidaten statt, nach deren Ende sich beide als demokratisch gewählten Präsidenten sahen. Die Vorgeschichte zu diesen Wahlen und der Ablauf der Wahlen erklären diesen Konflikt besser: Von den Präsidentschaftswahlen 2000 wurde Ouattara ausgeschlossen mit der Begründung, dass seine Eltern aus Burkino Faso stammen. Diese Wahlen gewann Gbagbo. 2002 startete ein Teil der Armee eine Rebellion gegen die Regierung. Seither ist die Elfenbeinküste in einen nördlichen und einen südlichen Teil geteilt und hat de facto zwei Regierungen, Verwaltungen und Armeen. Der Norden der Elfenbeinküste ist mehrheitlich muslimisch, während der Süden christlich ist. Der Norden wird von den Rebellen der „Forces Nouvelles“ kontrolliert. Die Elfenbeinküste befindet sich daher seit 2002 in einem Bürgerkrieg (und nicht erst seit den Präsidentschaftswahlen im November 2010, wie es in einigen Medien manchmal dargestellt wurde). Seither wurden mehrere Friedensverträge (unter anderem 2003 unter Aufsicht Frankreichs, 2005 unter südafrikanischer Vermittlung, 2007 durch direkte Gespräche der Beteiligten) unterzeichnet, die alle gescheitert sind. Nach dem Entwaffnungs- und Machtteilungsabkommen zwischen Armee und Rebellen 2005 wurden Präsidentschaftswahlen angesetzt. 2005 lief zudem Gbagbos fünfjähriges Mandat ab. Neuwahlen wurden allerdings auf Grund der Sicherheitslage im Land und wegen Unstimmigkeiten bezüglich der Erfassung von WählerInnen immer wieder verschoben. 2006 eskalierte die Situation erneut. Im Jahr drauf wurde der Friedensvertrag von Ouagadougou (Hauptstadt Burkino Fasos) unterzeichnet, der auch eine Machtteilung vorsah. Nach wie vor galten allerdings die Vereinbarungen von den Friedensverhandlungen von

2002. Diese sahen vor, dass mindestens zwei Monate vor einer Präsidentschaftswahl das Land wiedervereinigt sein muss in dem Sinne, dass die nationale Verwaltung für die gesamte Elfenbeinküste wiederhergestellt wird. Die Rebellen sollten entwaffnet werden und in das nationale Sicherheitssystem integriert werden. Keine dieser Bedingungen wurde im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2010 erfüllt. Der Constitutional Council (CC) der Elfenbeinküste ist die einzige Verfassungsinstitution, die den offiziellen Gewinner einer Präsidentschaftswahl verkünden darf, nachdem ihm die vorläufigen Resultate von der Wahlkommission übergeben wurden. Entgegen des vorgeschriebenen Ablaufes verkündete die Wahlkommission ihre vorläufigen Wahlergebnisse. Darauf beriefen sich die UNO, Frankreich, USA und andere Länder in ihrem Urteil, dass Ouattara der rechtmäßige Amtsnachfolger sei. Neben Gbagbo äußerten sich auch die Afrikanische Union und der CC selbst besorgt über Unregelmäßigkeiten bei den Wahlen im Norden (Wahlfälschungen, Verhaftungen von KandidatInnen etc.). Die WahlbeobachterInnen von ECOWAS, der Wirtschaftsunion westafrikanischer Länder, haben ihre Ergebnisse bisher noch nicht veröffentlicht. Gbagbo machte außerdem den Vorschlag, dass eine internationale Kommission die Wahlergebnisse noch einmal analysiere mit der Vorbedingung, dass deren Ergebnis dann von beiden, Gbagbo und Ouattara, anerkannt werden muss, egal wie dieses aussieht. Dieser Vorschlag wurde international abgelehnt. Trotz all dieser Ungereimtheiten wurde Ouattara sehr schnell vom Westen als Sieger der Wahlen anerkannt. Im April wurde eine UN-Resolution erlassen, die ein militärisches Eingreifen erlaubte. Die Begründung war, wie so oft, den demokratischen Willen des Volkes der Elfenbeinküste zu verteidigen und die Menschen in der Elfenbeinküste vor gewaltsamen Ausschreitungen zu schützen. Interessant ist dabei, dass Human Rights Watch den Truppen von Ouattara die Tötung von ca. 100 ZivilistInnen vorwirft. Massaker wurden also von beiden Seiten verübt. Wie kommt es also, dass die USA, die EU und die vermeintlich neutrale UNO so schnell Partei für Ouattara ergriffen haben? Auf der einen Seite ist die Elfenbeinküste weltgrößte Kakaoproduzentin und somit wirtschaftlich sehr relevant. Ouattara ist dem Westen vielmehr zugeneigt als Gbagbo und daher ein gewünschter Verhandlungspartner in Wirtschaftsfragen. Auf der anderen Seite lässt sich vermuten, dass Frankreich zunehmend fürchtet, seinen Einfluss in Afrika an China und die USA zu verlieren. Im Friedensabkommen von 2002 vereinbarten Gbagbo und Frankreich, dass französisches Militär aus der Elfenbeinküste zunehmend abgezogen wird. Hierin könnte ein Grund dafür liegen, dass Frankreich jetzt daran interessiert ist, dieses Abkommen rückgängig zu machen und daher Gbagbo nicht mehr an der Macht sehen will. Hier soll in keinem Fall Partei für irgendeine dieser beiden Seiten in der Elfenbeinküste ergriffen werden. Ein genauerer Einblick in den Konflikt zeigt jedoch deutlich, wie interessengeleitet die westlichen Mächte Freund und Feind im Namen der „Demokratie“ definieren.

Lyd

Anzeige

"Warum sollen wir Kleidung tragen, die von ausgebeuteten ArbeiterInnen hergestellt wurde?"

www.bekleidungssyndikat.de

fair - bio - vegan

Termine

26.11.2010: Dannenberg: **Castor-Proteste**; Großkundgebung in Dannenberg am 26. November ab 12.30 Uhr. Danach weitere Widerstandsaktionen. Tag X vermutlich am 27.11.2010
gorleben-castor.de/
www.castor2011.org

27.11.2011: Karlsruhe: **Umsonstflohmarkt** auf dem Werderplatz. umsonstflohmarkt-ka@riseup.net

02.12.2011: Mannheim: **Konzert von "Alyuvar"** im Jugendzentrum "Friedrich Dür". anarchie-mannheim.de

03.12.2011: Wiesbaden: **Proteste gegen die Innenministerkonferenz**. imkaufloesen.blogspot.de

03.-05.12.2011: Bonn: **Protest gegen NATO-Konferenz "Petersberg II"**. afghanistanprotest.de

09.12.2011: Berlin: **Mehr Anarchie in die Energie! Libertäre, öko-soziale Energieversorgung.** BibliothekderFreien.de

7.12. Aschaffenburg 19 Uhr 30, Martinushaus, Treibgasse 26: **Griechenlandveranstaltung** mit GWR-Autor Ralf Dreis

17.12.2011: Hamburg und anderswo: **Aktionstage gegen kapitalistische Stadtentwicklung und Gentrifizierung** platzda.blogspot.eu

17. & 18.12., 10 – 17 Uhr, Filmwerkstatt Münster, **Workshop mit Filmregisseur Peter Lilienthal.** Anmeldung/Infos: redaktion@graswurzeln.net
www.filmwerkstatt.muenster.de

24.&31.12.2011: Bielefeld: **Nazi-Aufmärsche zum Desaster machen!** autonomeantifabielefeld.wordpress.com

Umweltschutz von unten

Reclaim the Media: grünes blatt

Emanzipatorischer Umweltschutz ist eigentlich ein Fremdwort in Deutschland. Fast alle Umweltschutzbestrebenungen beziehen sich hier auf Markt und/oder Staat, als Retter_in in der Not, anstatt genau diese als Verursacher_innen der Not auszumachen. Das grüne blatt ist sozusagen das Fachblatt für diejenigen, die dieser marginalen Disziplin nachgehen.

Was erwartet dich im grünen blatt?
Da das grüne blatt ein offenes Medium ist, an dem sich jede_r beteiligen kann, ist jede Ausgabe ein bisschen wie eine Wundertüte: eigentlich kann es hier alles geben, sowohl von der Form der Texte, den Inhalten oder der Aufmachung her. Wirkliche Kontroversen waren

bisher allerdings seltener als sie sein könnten. Deshalb gibt es nun das neue Konzept der Titelthemen, die jeweils in der vorherigen Ausgabe angekündigt werden.Damit haben alle die Möglichkeit , ihre Positionen zum jeweiligen Thema in Artikel zu verpacken, die dann kontrovers nebeneinander stehen können. Daneben gibt es meist recht viele Berichte über Aktionen, kritische Analyse umweltzerstörender Projekte und Techniken, Debatten über Organisation und Theorie. Zwar als Schwerpunkt - aber nicht nur - zu Umweltthemen.

Warum offenes Printmedium?
2007 wurde beschlossen, die - damals schon zehn Jahre bestehende- Zeitschrift für ein Experiment für offene Printme-

dien zu nutzen. Dies geschah aus der Überlegung heraus, dass emanzipatorische Presse nicht nur andere Inhalte haben sollte als die Mainstreampresse, sondern auch deren Form ablehnen sollte, die darin besteht, dass wenige - welche notwendigerweise Teil der gesellschaftlichen Elite sind - Informationsaufbereitung und somit Meinung für Hunderttausende machen. Einbahnmedien also. Emanzipatorischer ist es, wenn ein Medium in alle Richtungen funktioniert und damit alle den gleichen potentiellen Zugang zur Diskursbildung haben. Das versucht das grüne blatt zu sein und freut sich darüber, wenn das tatsächlich auch mehr und mehr Praxis wird und viele sich auf allen Ebenen einbringen. Anstatt ungewollte Inhalte zu zensieren, wird auf eine offene

Debatte gesetzt. Das bedeutet aber nicht, dass antiemanzipatorische Inhalte gleichwertig neben anderen stehen sollen, sondern es wird darauf ragiert: Die antiemanzipatorischen Denkmuster werden anhand dieser Texte auseinandergenommen.

Wie und wo erscheint das grüne blatt?
Die vierteljährlich erscheinenden 32 bis 64 bedruckten Seiten des grünen blattes können aboniert werden und liegen in Linken- oder Umweltzentren und Infoläden kostenfrei oder gegen Spende aus. Neuerdings können sie auch an einigen Bahnhofsbuchhandlungen käuflich erworben werden. Da das grüne blatt in finanziellen Problemen steckt, sind Abos oder gar Soliabos am



Grünes Blatt
besten. Wenn ihr Orte kennt, an denen ihr das grüne blatt auslegen wollt, könnt ihr dafür auch größere Mengen bestellen.
Floh (aktiv beim grünen blatt)

Zapatismus Einführung

Buchrezension

„Kleine Geschichte des Zapatismus“ heißt das neue politische Cartoon-Buch des Grafikers Findus. Mit dicken Strichen zeichnet der Illustrator die Geschichte der indigenen Bewegung in Mexiko. Der Sachtext in dem 72-seitigen Büchlein stammt von dem Soziologen und Zapatismus-Forscher Luz Kerkeling.



Worum es genau geht? Am 1. Januar 1994 trat das Freihandelsabkommen NAFTA zwischen Kanada, den USA und Mexiko in Kraft. Am selben Tag besetzten Indigene der „Zapatistischen Armee zur nationalen Befreiung“ (Spanisch: Ejército Zapatista de Liberación Nacional – EZLN) sieben Städte im süd mexikanischen Bundesstaat Chiapas. Nach einer Auseinandersetzung mit der mexikanischen Armee ist mittlerweile Ruhe in die Region eingekehrt: die ZapatistInnen haben sich etabliert und alternative, basisdemokratische Strukturen aufgebaut. Frauenrechte sowie ein Gesundheitssystem wurden eingeführt und so bilden die ZapatistInnen einen Gegenpol zum ne-

oliberalen Staatsdogma Mexikos. Die gut lesbaren Texte in dem Büchlein werden mit tollen Zeichnungen illustriert. Das einzige echte Manko des Buchs nennen die zwei Autoren auf der letzten Seite selbst: „Es ist uns bewusst, dass es im Rahmen einer solchen Publikation immer wieder zu einer stark vereinfachten Darstellung der unterschiedlichen Themenbereiche kommt“, schreiben Findus und Kerkeling. Zwar wird in dem Buch viel vorgestellt und erklärt, Platz für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Zapatismus war aber wohl nicht mehr vorhanden. Wenigstens einige kritische Anmerkungen zum Zapatismus und zur bewaffneten EZLN wären schön gewesen. Trotzdem ist die „Kleine Geschichte des Zapatismus“ ein sehr empfehlenswertes Büchlein. Gerade um jungen Leuten einen leichten Einstieg in das Thema zu ermöglichen, ist das Buch bestens geeignet und ein prima Geschenk!

Findus/Luz Kerkeling: „Kleine Geschichte des Zapatismus – Ein schwarz-roter Leitfaden“, 72 Seiten, UNRAST-Verlag, 8,90 Euro, ISBN: 978-3-89771-041-2

Lena Zirkel

Occupy!! – und dann?

Was steckt hinter der Bewegung?

Nachdem die Occupy-Proteste im September dieses Jahres in New York begannen, verbreiteten sie sich schnell rund um den Globus – schon kurze Zeit später fanden auch in Deutschland erste Aktionen statt. Welche Ziele verfolgt diese Bewegung und welche Leute stecken dahinter?

Alles begann am 17. September 2011: unter dem Motto „Occupy Wall Street“ (Besetzt die Wall Street) versammelten sich rund 1000 Menschen im New Yorker Bankenviertel, um gegen die Macht des Finanzsektors zu demonstrieren – damals noch weitestgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit. Erst als es am 24 September zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kam, fand die Bewegung ihren Weg in die großen Medien der Welt. Von da an wurde weltweit über die Occupy-Bewegung berichtet, so auch in Deutschland. Als die Proteste schließlich weitläufig bekannt waren, verbreite sich die Bewegung rasend schnell; erst in anderen amerikanischen Städten und schon bald darauf auch in Europa und Deutschland. So fanden unter anderem in Frankfurt, Berlin, Hamburg, München und Düsseldorf Occupy-Proteste unter dem bereits aus den USA bekannten Motto „Wir sind die 99%“ statt. An einem „internationalen Aktionstag“ am 15. Oktober demonstrierten im ganzen Bundesgebiet sogar rund 40.000 Personen gegen die Macht und den Einfluss der Banken. 150 Demonstranten taten es dann auch dem New Yorker Vorbild gleich und campierten vor der Europäischen Zentralbank in Frankfurt. In der amerikanischen Metropole hatten die Protestierenden zuvor den „Zuccotti Platz“ belagert.

Welche Ziele hat „Occupy“?

Eine Frage, die sich allerdings nahezu aufrängt und die viele bis heute nicht klar beantworten können, ist, welche Ziele diese Bewegung überhaupt genau verfolgt. Die Aktivisten in New York demonstrieren un-



Occupy-Demo in Stuttgart. Foto: visual-rebellion.com

ter anderem gegen die „soziale Ungleichheit in den Vereinigten Staaten“ und die „zu banken- und wirtschaftsfreundlichen Politik“. Die Bewegung in Deutschland verfolgt dabei ganz ähnliche Ziele. Auch sie sind gegen die „soziale Ungleichheit“ und haben den „Spekulationsgeschäften von Banken“ und dem „Einfluss der Wirtschaft auf die Politik“ den Kampf angesagt.

Genauere Vorstellungen scheint es bei den Demonstranten jedoch nicht zu geben. Von Lösungsansätzen ganz zu schweigen. Bisher haben sie lediglich ihre Vorstellungen unter die Leute gebracht, ohne dabei Lösungsvorschläge zu nennen.

Wer steckt dahinter?

Die Occupy-Bewegung ist ein bunter Haufen. Auffallend ist, dass sich vor allem sehr viele „gewöhnliche BürgerInnen“ und vor allem viele junge Menschen an dem Protest beteiligen. Dies liegt wohl insbesondere an der durch die Eurokrise

und die in vielen Augen schier unendliche Macht der Banken aufgeheizten Stimmung. Anführer in dem Sinne gibt es anscheinend nicht, lediglich bestimmte Personen seien für den Umgang mit der Presse ausgewählt worden. Neben öffentlichen Demonstrationen versuchen die Occupy-Aktivisten mittels sozialen Netzwerken in Kontakt mit ihren Unterstützern zu treten. Besonders bei Facebook und Twitter sind die Anhänger der Bewegung aktiv und bewerben dort ihre Aktionen, empfehlen Artikel weiter oder beschweren sich über in ihren Augen unge-rechtfertigte Berichterstattung.

Allseits beliebt?

Die Partei „Die Linke“ hatte schon bald dazu aufgerufen, die Bewegung zu unterstützen; ebenso das globalisierungskritische Netzwerk „Attac“. Auch einige Mitglieder anderer Parteien wie die SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles und die Grünen-Politiker Sven Giegold und Renate Künast hatten ihre Solidarität mit dem Protest zum Ausdruck gebracht. Und sogar der Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) zeigte Verständnis für die Bewegung und gab an, sie mit „großer Aufmerksamkeit“ zu verfolgen und sie „sehr ernst“ zu nehmen. Bundeskanzlerin Angela Merkel äußerte zudem auch „großes Verständnis“ für die Occupy-Aktionen.

Trotz der breiten öffentlichen Zustimmung für die Proteste gab es bisher auch immer wieder kritische Stimmen, die das Fehlen von exakten Vorstellungen oder die zum Teil mangelhafte Organisation bemängeln.

Johannes Hartl

